

in der Nähe von Cannes, als in seiner Heimat auf. Als nicht unbedeutender Maler, von dem immer wieder Bilder in der Royal Gallery gehängt wurden, nahm er Pinsel und Palette mit. Aber der Winter war auch im Süden Frankreichs äußerst kalt und trieb ihn ins Haus, wo eine Reihe von Oelskizzen entstand. Er flog nach London und wieder zurück an die Azurküste. Aber es war noch immer nicht wärmer. Er unterhielt sich im privaten Zusammensein mit Sir Anthony Eden vor jedem größeren Ereignis, zuletzt vor dem Bulganin-Chruschtschew-Besuch. Als die beiden Sowjetführer auf der Prominentengalerie einer Unterhaussitzung beiwohnten, bemerkte man Churchill an seinem Platz, wie er verstohlen einen Blick hinüberwarf. In seinem Wahlkreis hielt er kürzlich einmal eine Rede. Das Thema war die britisch-amerikanische Freundschaft, Europa — aber er

Wegen des Feiertages Christi Himmelfahrt erscheint die nächste Ausgabe dieser Zeitung am Samstag.

flog nicht hinauf in ein Wolkenkuckucksheim, rosig tapeziert mit der Ost-West-Koexistenz.

Das ist aber nicht alles. Churchill schreibt wieder, er arbeitet wie ein Pferd. Ein ganzer Stab von Mitarbeitern hilft ihm das Material zusammenzutragen zu seiner großen, vierbändigen „Geschichte der englischsprachigen Völker“. Der erste Teil ist gerade jetzt unter dem Titel „Die Geburt Britanniens“ erschienen. Diese Arbeit war schon vor dem zweiten Weltkrieg ziemlich fertig. Aber dann hatte er erst in der Admiralität, bald danach aber als Premierminister doch noch etwas Wichtiges zu tun. Jetzt hat er diesen Band revidiert und der Öffentlichkeit übergeben. Die anderen drei Bände wollen aber auch geschrieben sein. Es sieht im Augenblick kaum nach Riviera aus, so wärmend sich die Sonne dort niederläßt. Diese Arbeit hat Churchill jetzt unterbrochen, um nach Deutschland zu kommen. Auch das ist ihm wichtig.

Bundestag erörterte die Lebensmittelpreise

Lübke zu einer SPD-Anfrage — Dr. Horlacher macht auf Lage im Weinbau aufmerksam

Von der Parlamentarischen Redaktion der **RD** in Bonn

Bonn, 9. Mai. Eine längere agrarpolitische Debatte gab am Mittwochvormittag den Auftakt zur letzten Sitzung des Bundestages vor der Pfingstpause. Angebot und Nachfrage. An zahlreichen Beispielen versuchte der Minister, den Nachweis dafür zu führen, daß die Preisvorstellungen der Bundesregierung nicht klar festzulegen seien. Es werde immer

Wien erläutert das „deutsche Eigentum“

Entwurf zum Durchführungsgesetz — Wer hat Rechtsansprüche? — Staatsbürgerschaftstermin entscheidet

Drahtbericht des **RD**-Vertreters in Wien, Raymund Hörhager

Wien, 9. Mai. Staatssekretär Bock vom österreichischen Finanzministerium erläuterte (wie in der Dienstausgabe der **RD** bereits kurz berichtet) am Montag im Rahmen einer Pressekonferenz den letzten Entwurf seines Ministeriums zum Durchführungsgesetz über die Behandlung des deutschen Eigentums. Im einzelnen führte er aus:

Als „deutsches Eigentum“ sollen nur jene Vermögenswerte verstanden werden, die tatsächlich früher dem Deutschen Reich, einer seiner Einrichtungen oder einer deutschen physischen oder juristischen Person gehört haben. Als solche Personen gelten alle, die am 8. Mai 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und diese nicht infolge einer vom Deutschen Reich zwischen 1938 und 1945 angeordneten Sammelbürgerschaft oder im Zuge einer Umsiedlungsaktion erworben haben.

Das bedeutet, daß die Sudetendeutschen, die österreichische Staatsbürger geworden sind, nicht zum Kreis der deutschen Personen gerechnet werden. Bei Doppelstaatsbürgerschaft soll die österreichische Staatsbürgerschaft gelten. Als Oesterreicher sollen auch jene ehemaligen Deutschen be-

handelt werden, die bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrages die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben. Weitere Bestimmungen regeln die Haftung des österreichischen Staates für Verbindlichkeiten. Um über Ansprüche an Vermögenswerten des deutschen Eigentums entscheiden zu können, soll bei Gericht ein Feststellungsverfahren eingerichtet werden. Auch die vielfach ins Stocken geratenen Rückstellungsverfahren für alle deutschen Vermögenswerte sollen wieder flottgemacht werden.

Der Entwurf enthält keine Bestimmung über die Rückgabe derjenigen Vermögen, die unter der 10 000-Dollar-Grenze liegen. Dr. Bock vertritt jedoch die persönliche Meinung, daß man bei der Rückgabe der kleineren deutschen Vermögen großzügig vorgehen

sollte. In diesem Zusammenhang gab er bekannt, das Vermögen des Alpenvereins, also vor allem die Schutzhütten, würden demnächst zurückgegeben.

Instruktiv war die statistische Uebersicht, die Staatssekretär Bock über die Vermögenswerte des deutschen Eigentums gab. Der unter öffentlicher Verwaltung stehende Grundbesitz in einer Größe von etwa 100 000 Hektar umfaßt rd. 860 Wohngrundstücke und Bauflächen, Einfamilienhäuser und ähnliches. 1481 Fälle stehen unter öffentlicher Aufsicht, etwa drei Viertel davon haben einen Einheitswert unter 100 000 Schillinge (etwa 15 500 DM). Ferner stehen 852 industrielle, gewerbliche und Handelsbetriebe unter öffentlicher Verwaltung, von denen 241 Einzelunternehmen, 168 offene Handelsgesellschaften bzw. Kommanditgesellschaften sind, 159 GmbH, 82 Aktiengesellschaften und 14 Genossenschaften.

Arbeitstagung zu Ende

RD-Parlaments-Redaktion

Bonn, 9. Mai. Die gemischte deutsch-österreichische Kommission hat am Mittwoch ihre dritte Arbeitstagung abgeschlossen, in der u. a. Vorschläge für bestimmte Regelungen für die sogenannten verlagerten Güter sowie für Hausrat und persönliche Habe deutscher Staatsangehöriger ausgearbeitet wurden. Gegenstand weiterer eingehender Beratungen waren, wie aus dem Auswärtigen Amt verlautet, einzelne Grundsätze der Bewertung von Vermögen, für die der österreichische Staatsvertrag eine Rückübertragung ermöglicht. Hier seien in einigen wesentlichen Punkten nicht nur einheitliche Auffassungen, sondern auch konkrete Ergebnisse erzielt worden.

Proteste in Griechenland

Athen, 9. Mai. (ap) Zu Protesten der Regierung und Massenkundgebungen der Bevölkerung hat am Mittwoch in Griechenland die Ablehnung der Gnadengesuche für zwei junge Zyprioten geführt, die wegen Ermordung von zwei Engländern auf Zypern ihrer Hinrichtung entgehen (vgl. **RD** vom Mittwoch). Während in Saloniki die Demonstrationen ruhig verliefen, kam es in Athen zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Menge, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden. Britische Flaggen wurden verbrannt, das Amerikahaus mit Steinen beworfen. Vertreter der Griechisch-Orthodoxen Kirche hatten Königin Friederike, bei Kön-

gebnisse erzielt worden. Die Weiterleistung der seinerzeit eingestellten und am 1. Januar wieder aufgenommenen Rentenzahlungen an österreichische Staatsangehörige sei sichergestellt.

Ohne Wiedervereinigung keine Sicherheit

Washington, 9. Mai. (dpa) Der amerikanische Außenminister Dulles erklärte in Washington, die Beseitigung der Uneinigkeit des Westens sei eine der wichtigsten Aufgaben der Nachkriegspolitik. Die meisten Länder des Westens seien zu Recht der Auffassung, daß ohne die Wiedervereinigung Deutschlands dauerhafter Frieden und Sicherheit in Europa nicht möglich seien. Dulles beschuldigte die sowjetischen Politiker, die Vereinbarung über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen zu mißachten.

MRP steht am Scheideweg

Zusammenarbeit mit den Sozialisten und Radikalen?

Drahtbericht des **RD**-Vertreters Kurt Kornicker

Ko Paris, 9. Mai. Am Donnerstag beginnt in einem Pariser Arbeitervorort der diesjährige Nationalkongreß der christlich-sozialen Volksrepublikaner (MRP), an dem über 1000 Delegierte dieser Partei aus ganz Frankreich teilnehmen.

Der viertägige Kongreß wird durch ein Referat des früheren stellvertretenden Generalsekretärs der Partei und derzeitigen Abgeordneten für Savoyen, Fontanet, eingeleitet, das sich speziell mit der Frage der kommunistischen Gefahr und dem Problem beschäftigt, wie sich die westliche Welt am besten gegen die neue Taktik des Kreml zur Wehr setzen kann.

Die Volksrepublikaner wollen die öffentliche Meinung in Frankreich aufrütteln und gewissen Tendenzen entgegenwirken, die dem Kommunismus aus Schwäche und Unkenntnis allzusehr entgegenkommen und die sich nicht Rechenschaft über die Gefahren ablegen, die mit der neuen Durchdringungstaktik des Kommunismus gerade in Frankreich verbunden sind.

Auf dem Kongreß wird ferner Pierre-Henry Teitgen einen Vortrag über die französische Politik in Nordafrika und der ehemalige Finanzminister Pierre Pflimlin das Referat über die Wirtschafts-

Karl Barth 70 Jahre

EK Köln, 9. Mai. Am Himmelfahrtstag wird der Schweizer evangelische Theologe Karl Barth 70 Jahre alt. In großer Rüstigkeit wirkt er noch immer als Professor an der Universität seiner Heimatstadt Basel und als Autor epochenmachender Werke, vor allem seiner „Kirchlichen Dogmatik“, die ihm den Namen eines „Kirchenvaters des 20. Jahrhunderts“ eingebracht haben.

Karl Barth ist einer der großen Revolutionäre, die im Protestantismus die Vorherrschaft der liberalen Theologie gebrochen haben. Er hat sich darüber hinaus immer wieder exponiert in die politischen Auseinandersetzungen hineingestellt. Mag man auch manche seiner Äußerungen zu den Fragen des Ost-West-Konfliktes ablehnen, so wird sein Kampf gegen den Nationalsozialismus, den er bis zur Verdrängung von seinem Bonner Lehrstuhl 1935 als hervorragenden Initiator der Bekennenden Kirche führte, nicht weniger allgemeine Anerkennung beanspruchen können als seine Bemühungen nach dem letzten Kriege, die Kluft zwischen Deutschland und der Welt zu überbrücken.



Persönliches

Bischof Weskamm 65 Jahre alt. — Wilhelm Weskamm, der katholische Bischof von Berlin, wird am Sonntag 65 Jahre alt. Weskamm, der aus Helsen (Waldeck) stammt, empfing am 3. April 1914 in Paderborn die Priesterweihe.

Nachrichten aus Deutschland

46 000 nach Australien. — 46 000 Deutsche sind in den letzten zehn Jahren nach Australien ausgewandert, das sind nicht ganz 5 vH der insgesamt 1,1 Million Nachkriegseinwanderer nach Australien.

Degressive Abschreibungen. — Meldungen, nach denen gesetzliche Maßnahmen zur Abschaffung der degressiven Abschreibungen vorbereitet würden, wurden am Mittwoch von einem Sprecher des Bundesfinanzministeriums als falsch bezeichnet.

Werksingenieur. — Bei der Ausschreibung des Ingenieur- und Chemikergesetzes wurde ein Kompromiß dahingehend erzielt, daß der Titel Ingenieur geschützt werden soll. Die Industrie soll ihre Ingenieure künftig Werksingenieur nennen.

Tagungen und Verbände

Zeitschriftenverleger. — Ein internationaler Kongreß von Zeitschriftenverlegern wurde in Kopenhagen eröffnet. 175 Vertreter aus 13 Ländern, darunter aus der Bundesrepublik, nahmen daran teil.

Außerordentliche Synode der EKD. — Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat beschlossen, vom 27. bis 29. Juni in Ost- und Westberlin eine außerordentliche Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland abzuhalten.

Aus dem Ausland

Gestrandet. — Das deutsche 854-Tonnen-Schiff „Julia“ (Hamburg) ist am Mittwochmorgen bei dichtem Nebel an den Felsen von Beachy Head vor der Küste von Sussex (England) gestrandet. Schaden soll nicht entstanden sein.

Moskau-Kopenhagen. — Die sowjetische Luftverkehrsgesellschaft „Aeroflot“ hat am Mittwoch eine neue Flugverbindung von Moskau über Riga nach Kopenhagen eröffnet. Die neue Strecke Moskau-Kopenhagen wird von der „Aeroflot“ wöchentlich zweimal befliegen.

NATO-Wissenschaftler nach Bonn. — Das amerikanische Verteidigungsministerium hat eine Gruppe militärischer und ziviler Wissenschaftler nach Bonn entsandt mit dem Auftrag, die Zusammenarbeit mit deutschen Fachleuten im Rahmen der

Polen will die Todesstrafe abschaffen

Warschau, 9. Mai. (dpa) Die Todesstrafe soll in Polen „im Prinzip“ abgeschafft werden. In einem Entwurf für ein neues Strafrecht, den am Mittwoch von der polnischen Nachrichtenagentur PAP veröffentlicht wurde, wird betont, die Todesstrafe sei eine außergewöhnliche Strafe, die zeit-

das ist ihm wichtiger. teidigungsausschuß entspricht, wiesen.

Bundestag erörterte die Lebensmittelpreise

Lübke zu einer SPD-Anfrage — Dr. Horlacher macht auf Lage im Weinbau aufmerksam

Von der Parlamentarischen Redaktion der **WZ** in Bonn

Bonn, 9. Mai. Eine längere agrarpolitische Debatte gab am Mittwochvormittag den Auftakt zur letzten Sitzung des Bundestages vor der Pfingstpause. Ausgehend von einer sozialdemokratischen Anfrage über die Agrarpolitik der Bundesregierung forderte Kriedemann (SPD) vor allem eine klare Darstellung der Absichten des Ernährungsministeriums hinsichtlich der Erzeugerpreise für Werkmilch sowie Schweine und Rinder.

Bundesernährungsminister Dr. Lübke erklärte u. a., nach der Marktordnung gebe es feste Preise nur für Getreide, Zucker und Trinkmilch. Alle übrigen Erzeugnisse regelten sich nach

Angebot und Nachfrage. An zahlreichen Beispielen versuchte der Minister den Nachweis dafür, daß die Preisvorstellungen der Bundesregierung nicht klar festzulegen seien. Es werde immer darauf ankommen, ob der Verbraucher „mitziehe“. Gegenwärtig liege z. B. der Butterverbrauch je Kopf und Jahr bei 6,9 kg. Hier müsse der Erzeuger daran interessiert sein, daß wieder die Vorkriegshöhe von 8 kg erreicht werde. Rind- und Kalbfleisch würden, so meinte der Minister, weiter stark gefragt bleiben, und die Preisentwicklung für Rinder werde anhalten, wenn auch das Pendel nicht allzusehr nach oben ausschlagen werde. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres seien 41 000 t Fleisch eingeführt worden. Schließlich gab Dr. Lübke zu erwägen, daß auch die Anpassung der landwirtschaftlichen Löhne nicht ohne Einwirkung auf die Preise sein werde. Unsere Wirtschafts-, Lohn- und Preispolitik auf allen Gebieten

müsse in ihrer Zielsetzung auch auf das Wohl des Volksganzen gerichtet sein.

Dr. Horlacher (CDU/CSU) ersuchte in einem Antrag, unter Bezugnahme auf den Grünen Bericht der Bundesregierung besonders die ungünstig gelagerten Verhältnisse der Weinbauern, der Bergbauern, der fruchtungsstärkeren und weniger ertragreichen Gebiete in den Mittelgebirgslagen gebührend zu berücksichtigen. Horlacher billigte im Namen der Koalitionsparteien die Ausführungen des Ministers.

Von sozialdemokratischer Seite wurde versucht, die Regierung einseitig für Preissteigerungen verantwortlich zu machen. Sie habe durch das Mittel der Zollerhöhungen große Einwirkungsmöglichkeiten, die sie nicht genügend ausgenutzt habe. Schließlich wurde die große Anfrage der SPD dem Ausschuß für Agrarpolitik überwiesen.

die Ablehnung der Gnadensuche für zwei junge Zyprioten geführt, die wegen Ermordung von zwei Engländern auf Zypern ihrer Hinrichtung entgehen (vgl. **WZ** vom Mittwoch). Während in Saloniki die Demonstrationen ruhig verliefen, kam es in Athen zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Menge, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden. Britische Flaggen wurden verbrannt, das Amerikahaus mit Steinen beworfen. Vertreter der Griechisch-Orthodoxen Kirche hatten Königin Friederike, bei Königin Elisabeth in London zu intervenieren.

reich aufzurufen und gewissen Tendenzen entgegenwirken, die dem Kommunismus aus Schwäche und Unkenntnis allzusehr entgegenkommen und die sich nicht Rechenschaft über die Gefahren ablegen, die mit der neuen Durchdringungstaktik des Kommunismus gerade in Frankreich verbunden sind. Auf dem Kongreß wird ferner Pierre-Henry Teitgen einen Vortrag über die französische Politik in Nordafrika und der ehemalige Finanzminister Pierre Pflimlin das Referat über die Wirtschafts- und Sozialpolitik halten. Mit besonderer Spannung sieht man

den wesentlichen bei dem Nationalkongreß der MRP.

Polen will die Todesstrafe abschaffen

Warschau, 9. Mai (dpa). Die Todesstrafe soll in Polen „im Prinzip“ abgeschafft werden. In einem Entwurf für ein neues Strafrecht, der am Mittwoch von der polnischen Nachrichtenagentur PAP veröffentlicht wurde, wird betont, die Todesstrafe sei eine „außergewöhnliche Strafe, die zeitweise nur für die schwersten Verbrechen angewendet werden soll“.

Moskau—Kopenhagen. — Die sowjetische Luftverkehrsgesellschaft „Aeroflot“ hat am Mittwoch eine neue Flugverbindung von Moskau über Riga nach Kopenhagen eröffnet. Die neue Strecke Moskau—Kopenhagen wird von der „Aeroflot“ wöchentlich zweimal befliegen. **NATO-Wissenschaftler nach Bonn.** — Das amerikanische Verteidigungsministerium hat eine Gruppe militärischer und ziviler Wissenschaftler nach Bonn entsandt mit dem Auftrag, die Zusammenarbeit mit deutschen Fachleuten im Rahmen der rüstungstechnischen Forschung und Weiterentwicklung innerhalb der NATO zu planen.

So geht es auch. — Das Parlament des amerikanischen Staates Illinois beschloß, zur Vereinfachung der Verwaltung den Ständigen Ausschuß für Verwaltungsvereinfachung aufzulösen.

Fernbomber. — Vor einem Bewilligungs-Unterausschuß des amerikanischen Senats teilte Verteidigungsminister Wilson mit, daß das Produktionsziel bei den Interkontinental-Bombern B 52 mit acht Düsentriebwerken von 17 auf 20 monatlich erhöht worden sei.

Auf der Kanzel beschossen. — Während einer sozialen Predigt wurden auf den Pfarrer der Hl.-Kreuz-Kirche in der argentinischen Provinzhauptstadt Corrientes aus dem Kirchengeschiff heraus mehrere Pistolenschüsse abgefeuert. Gendarmen mußten den Attentäter vor dem Zorn der anwesenden Gläubigen schützen. Der Pfarrer blieb unverletzt.

Perons Bilanz. — 1400 Millionen Dollar (6080 Millionen DM) Goldreserven und Auslandsdevisen hätten die zehn Jahre Peronismus Argentinien gekostet, erklärte der argentinische Industrieminister Alvaro Alsogaray.

Onassis-Wallflotte an Japan. — Die japanische Wallungsgesellschaft „Kyokuo Hogei Kaisha“ teilte in Tokio mit, sie werde Dienstag nächster Woche die aus 16 Schiffen bestehende Wallungflotte des griechischen Reeders Aristoteles Onassis übernehmen. Der leitende Direktor der japanischen Gesellschaft flog nach Rotterdam, um die Onassis-Flotte zu übernehmen.

Aufstand in Tibet. — In Kämpfen mit tibetischen Aufständischen sollen annähernd 25 000 rothinesische Soldaten gefallen oder verwundet worden sein, wie in der indischen Hauptstadt Neu Delhi verlautete. Der Bericht scheint frühere Informationen über weitverbreiteten Kleinkrieg gegen die chinesische Besatzungsmacht in Osttibet zu bestätigen.

Blumen zum Muttertag

Druck und Verlag: Deutsche Glocke GmbH, Köln, Rundschauhaus, Stollgasse 25-45 (Herausgeber Dr. Reinhold Heinen in Verbindung mit Jos. Baumhoff und Dr. Fritz Fuchs). — Redaktionsleitung: Karl Pesch (z. Z. verreist). Chef vom Dienst und verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Chrtien. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Die „Maschinenrevolution“ erregt England

Mit Streikmitteln läßt sich jedoch der „Automatisierung“ nicht in den Arm fallen

Drahtbericht des **WZ**-Vertreters in London, Dr. Carl Wehner

CW London, 9. Mai. Angesichts des noch immer anhaltenden ersten „Automatisierungstreiks“ (siehe **WZ** vom Freitag) sucht die britische Regierung dringend, gemeinsam mit den Sozialpartnern eine vorbeugende Planungspolitik zustande zu bringen. Ebenso eifrig beschäftigt sich die Gewerkschaftsbewegung mit der „Maschinenrevolution“. Nach Kabinettsbesprechungen gab

Arbeitsminister MacLeod eine Unterhauserklärung ab. Da das Problem internationales Format besitzt, will der Generalrat der britischen Gewerkschaften in der kommenden Woche in London eine auch von deutschen Vertretern beschickte europäische Konferenz über die Fabrikautomatisierung veranstalten.

MacLeod versprach im Unterhaus, noch für diesen Monat einen Bericht „von äußerster Bedeutung“, mit dessen Ausarbeitung die Abteilung für wissenschaftliche und industrielle Forschung befaßt ist. Der Minister ließ erkennen, daß die Regierung den industriellen Vorgang, der zum Streik der 12 000 Traktorenarbeiter der „Standard“-Werke

in Coventry führte, für unaufhaltsam hält. Sachlich will die Regierung das Problem gemeinsam mit dem nationalen Industrierrat anpacken, der paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besteht.

Man weist darauf hin, der große industrielle Umwandlungsprozeß werde sich nur allmählich und stufenweise auswirken. Für diese Entwicklung ist offenbar eine allgemeine Umschulung von Arbeitskräften geplant.

Ämtliches und gewerkschaftliches Denken ringen beide nach Klärung. Auch bei den Gewerkschaften sieht man ein, wie wenig der Entwicklung mit Mitteln des Streiks und der Obstruktion in den Arm zu fallen wäre.

Landeshaushalt vom Landtag verabschiedet

Stimmhaltung der CDU — Entschließung: Steuersenkung nicht auf Länderkosten

Drahtbericht des **WZ**-Vertreters in Düsseldorf

Ho Düsseldorf, 9. Mai. Der Landeshaushalt 1956 von Nordrhein-Westfalen, der in Einnahmen und Ausgaben mit 5,213 Mrd. DM abschließt, wurde am Mittwoch mit den Stimmen der SPD, FDP und des Zentrums bei Stimmhaltung der CDU vom nordrhein-westfälischen Landtag angenommen.

Vorher waren von den Regierungsparteien einige Änderungsanträge der CDU-Fraktion niedergestimmt worden, darunter die Anträge, drei Millionen DM als Zinszuschüsse für mittel- und langfristige Investitionskredite für die mittelständische gewerbliche Wirtschaft und freien Berufe bereitzustellen sowie für diese Mittelstandskredite eine Landesbürgschaft bis zu 100 Mill. DM zu übernehmen. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der CDU, zusätzlich acht Mill. DM für die Wiedererrichtung kriegszerstörter freier gemeinnütziger Krankenhäuser und die Förderung von Kinderheimen bereitzustellen.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der Regierungsparteien, die 1955 von der Regierung Arnold eingeleitete Kreditaktion zur Förderung des Mittelstandes in diesem Jahr nach Möglichkeit fortzuführen. Gegen die Stimmen der CDU setzten die Regierungsparteien einen Antrag durch, mit dem die Landesregierung ersucht wird, bei den Auseinandersetzungen über Art und Umfang von Steuersenkungen nachdrücklichst darauf hinzuwirken, „daß die Bonner finanzpolitischen Meinungsverschiedenheiten weitgehend im Rahmen der Bundesfinanzen bereinigt werden“. Einer Abwälzung eines erheblichen Teiles der

Folgen dieser Steuersenkungen auf die Länder müsse entgegengetreten werden.

Gegen die CDU wurde schließlich auch eine Entschließung angenommen, mit der die Landesregierung aufgefordert wird, die Bundesregierung an die Stellungnahme der Landesregierung Arnold zur Frage der Moselkanalisierung und an die Zusage zu erinnern, daß die Landesregierung an der Beratung dieser Frage „beteiligt“ werde.

Neue Steuervorschläge

WZ-Parlaments-Redaktion
Bonn, 9. Mai. Ein neuer Vorschlag in den Steuerverhandlungen zwischen den Ministern Schäffer, Erhard und Preusker mit den Steuersachverständigen der Regierungsparteien wurde am Mittwoch gemacht. Die Tarifsenkung soll danach noch mehr begrenzt und auf die unteren Einkommen verlagert werden; dafür sollen besondere Vergünstigungen für langfristiges Sparen und für Investitionen mittelständischer Betriebe vorgesehen werden. Die Ueberlegungen scheinen sich um eine zehnprozentige Tarifsenkung bei Einkommen bis zu 15 000 DM jährlich (zuletzt war von 25 000 DM die Rede) zu drehen. Die Senkungen sollen bei 30 000 DM ausbleiben. Hier waren zuletzt 50 000 DM genannt worden.

Wetter - Wasserstand



Bewölkt

Der über Mitteleuropa liegende Hochdruckkeil wird durch kräftigen Druckfall über Großbritannien abgeschwächt. Daher können nunmehr atlantische Störungen in zunehmendem Maße auf Deutschland übergreifen. Vorhersage: Bei aufziehenden westlichen Winden wechselnde, doch insgesamt stärkere Bewölkung als bisher mit Neigung zu einzelnen schauerartigen, teils gewittrigen Regenfällen. Leichter Temperaturrückgang. Tageshöchsttemperatur 16 bis 20 Grad. Weitere Aussichten: Unbeständiger als bisher, mäßig warm. — Tiefste Temperatur während der Nacht auf Mittwoch, 10,5 Grad, Höchsttemperatur am Mittwoch 24,3 Grad.

Reisewetterdienst der **WZ**

Deutsche Alpen: Am Donnerstag noch meist heiter und weiterhin warm, dann stärker bewölkt und kühler, voraussichtlich einzelne, teils gewittrige Niederschläge.

Schwarzwald: Uebergang zu leicht unbeständiger und etwas kühlerer Witterung mit einigen zum Teil gewittrigen Regenfällen.

Westerwald und Eifel: Teils stärkere Bewölkung mit einzelnen schauerartigen, strichweise gewittrigen Niederschlägen, kühler.

Nord- und Ostsee: Wechselhaft mit kurzen Zwischenaufhebungen, einzelnen Schauern, teils gewittrig, etwas zurückgehende Temperaturen, frische westliche Winde.

Wasserstandsmeldungen vom 9. Mai

Rhein: Konstanz 306 +2, Rheinfelden 232 +3, Breisach 162 +3, Straßburg 238 +3, Maxau 405 —2, Mannheim 258 —1, Worms 177 —6, Mainz 261 —11, Bingen 175 —9, Kaub 187 —10, Koblenz 198 —12, Andernach 236 —12, Bonn 179 —9, Köln 177 —11, Düsseldorf 292 —12, Duisburg 349 —11, Ruhrort 378 —12, Wesel 358 —10, Rees 248 —7, Emmerich 305 —7.

Mosel: Kochem 182 —10, Trier 156 —10.

Erftverbandsgesetz vor dem Landtag

Fortsetz. von Seite 1

Einfluß des Landes auf die Entscheidungen des Verbandes übergroß sei. Weiter müsse gefragt werden, ob der Regierungsbezirk Köln in seinem Stimmgewicht richtig ausbalanciert worden sei und ob nicht zu Unrecht Wasserversorgungsgebiete für Düsseldorf und Wuppertal von dem Verbandsgebiet abgeschnitten worden seien. Auch sei zu prüfen, ob nicht die finanziellen Ansprüche an den Braunkohlebergbau durch eine engere Grenzziehung gemindert werden könnten und ob der vorgesehene 200-Millionen-Fonds zur Sicherung der wasserwirtschaftlichen Planung genug praktischen Wert haben werde.

Landwirtschaftsminister Dr. Effertz sprach sich angesichts der „gewaltigen Umwälzungen und

Schäden auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft“ für einen stärkeren staatlichen Einfluß auf den geplanten Erftverband aus. Der Staat könne die Verantwortung für den weiteren Kohleabbau mit den daraus folgenden Gefahren für die Allgemeinheit nur tragen, erklärte er, wenn technisch und rechtlich die erforderlichen Maßnahmen zu einer rechtzeitigen Sicherung der gefährdeten Gebiete getroffen würden. „Vordringlicher und zunächst wichtigster Teil dieser Aufgabe ist allerdings die Sicherung der Wasserversorgung für die Bevölkerung, Industrie und Landwirtschaft, da diese durch die bergbaulichen Maßnahmen in erster Linie gefährdet sind.“ Der Rahmen der Selbstverwaltung sei im ganzen so weit gespannt worden, wie dies im Interesse der erheblichen öffentlichen Belange irgend zu verantworten gewesen sei.